

Statement für das Bayerisches Integrationsforum in Nürnberg, am 23. März um 14.00 Uhr

Anrede

Ich hoffe, dass diese Veranstaltung, die kommenden Referate, vor allem aber auch die Kurzvorstellungen einiger schon laufender und erfolgreicher Projekte aus Mittelfranken Ihnen Impulse geben können, sich dieses Themas in Ihrem Bereich anzunehmen.

Dabei kommt es auf Kreativität und Fantasie an, nicht so sehr auf neue finanzielle Mittel. Auch das Bayerische Integrationsforum hat, wen wundert das in der heutigen Ausgangssituation keine neuen Mittel erschlossen, sondern setzt auf den Dialog und auf best practice Beispiele.

Bei best practice darf ich mich noch einmal ganz ausdrücklich und sehr herzlich bei der Stadt Nürnberg bedanken, die uns hier namentlich bei Ihnen Herr Oberbürgermeister Dr. Maly und bei Ihnen, Frau Dr. Meyer, die Sie die Hauptarbeit im Vorfeld dieser Veranstaltung hatten.

Die Stadt Nürnberg auch auf das Thema Integration aufmerksam zu machen wäre so wie Eulen nach Athen tragen oder Bleistifte in die Büros der Regierung von Mittelfranken.

Sie wissen als Kommune mit einem hohen Ausländeranteil (und dafür bemerkenswert wenig Problemen im gesellschaftlichen Zusammenleben) sehr genau, worum es geht, und haben deshalb dankenswerter Weise sofort zugesagt, als wir Sie um Unterstützung für unsere Veranstaltung gebeten haben.

Natürlich gibt es Integrationsprobleme durchaus und auch als schwieriges Problem im ländlichen Raum und in kleineren Städten.

Ich meine aber doch, dass die mittel-fränkische Auftaktveranstaltung der Initiative Integration im Dialog – Migranten in Bayern dort stattfinden soll, wo es mit Abstand die meisten Migranten in Mittelfranken gibt, nämlich hier in Nürnberg.

Das Thema ist nicht neu. Doch vielleicht haben es viele in seiner Bedeutung für unser Land erst spät erkannt. Eigentlich müssten wir uns seit über 40 Jahren mit Integration befassen.

Seit wir die ersten Gastarbeiter in unser Land geholt haben und uns dabei anders als die Schweizer gegen das Rotationsprinzip entschieden haben.

Vermutlich haben wir aber viel zu lange unausgesprochen gehofft, dass die Menschen, die wir als "Gäste" geholt haben, irgendwann alle wieder gehen würden.

Viele der seinerzeitigen Gastarbeiter hatten dies ursprünglich auch vor und viele haben es auch getan – immerhin sind über 13 Millionen der Gastarbeiter wieder in ihre Heimatländer zurück gekehrt -, aber viele sind auch geblieben.

Und das kann man durchaus als Kompliment an unser Land auffassen: Sie haben offensichtlich Gefallen am Leben hierzulande gefunden.

Viele - und das betrifft insbesondere auch die Zuwanderer außerhalb des Arbeitsmarktes, die Flüchtlinge, sind auch deswegen geblieben, weil die Verhältnisse in ihrem Heimatland durchaus nicht "rückkehrförderlich" waren.

Das heißt, wir haben heute eine Fülle von seinerzeit unerwarteten Problemen ("Herausforderungen") zu lösen.

Das reicht von mitunter extrem hohen Quoten von Schülern mit Migrationshintergrund an manchen Schulen bis zu Fragen der Altenbetreuung für Menschen mit einem immer noch anderen kulturellen Hintergrund.

Selbstverständlich hat auch die Bayerische Staatsregierung dieses Thema nicht erst jetzt entdeckt – ich erinnere nur an den Integrationsbericht 1999 mit einem Folgebericht 2003 und viele Initiativen, insbesondere im schulischen Bereich.

Die Staatsregierung ist aber der Auffassung, dass auch und insbesondere nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes das Thema Integration noch deutlicher ins Bewusstsein rücken muss. Schließlich geht das Thema uns alle an.

Darum gibt es das Bayerische Integrationsforum mit dem Motto "Integration im Dialog".

Für die Insider besonders bemerkenswert dabei: In Bezug auf Integration werden hier Ausländer und Spätaussiedler – endlich – parallel betrachtet.

Ich finde es wichtig, von Integration keineswegs nur als von einem sozialpolitischen, sondern viel mehr von einem gesellschaftspolitischen Thema zu sprechen.

Es geht weniger darum, mit einem humanitären Ansatz einer Randgruppe, einer Minderheit, etwas Gutes zu tun, sondern schlicht um die Frage, wie unsere Gesellschaft künftig aussehen wird:

Ob es e i n e oder ob es mehrere Parallelgesellschaften sind - und ob es ein wirkliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft mit Interaktionen auf der Basis eines Mindeststandards gemeinsamer Werte gibt und auch künftig geben wird.

Ich nenne das jetzt nicht Leitkultur (obwohl Alfred Grosser das kürzlich in Tutzing ganz unbefangen getan hat), weil ich unsere typische deutsche Lust am Finden von Schlagworten und dem unproduktiven Streit über die Definition und Interpretation solcher Begriffe natürlich in Kalkül ziehe.

Leider überlagert der Nomenklaturstreit recht oft die Problemlösung: Während wir uns erbittert darüber gestritten haben, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, sind Millionen Menschen zugewandert – viele auch wieder abgewandert – und wir haben wertvolle Zeit für Integration der Bleibenden verloren.

Aber zurück zur heutigen Veranstaltung:

Das Motto „Integration im Dialog“ soll verdeutlichen, dass Integration eine positive Einstellung auf beiden Seiten, der des Zuwanderers und der Aufnahmegesellschaft, und auch ein gemeinsames Bemühen beider Partner verlangt.

Das Logo ist in Form eines Ausweises, einer Identifikationskarte, gestaltet und soll die Identifikation mit dem Thema verstärken. Die stilisierte Raute im übrigen soll Bayern symbolisieren.

Dialog setzt eine Grundverständigung über einen gemeinsamen Wertekonsens voraus (das funktioniert natürlich nur, wenn man selbst auch eigene Werte hat).

Dialog heißt auch, dass wir vorhandene Probleme und auch Gegensätze in den jeweiligen Wertevorstellungen nicht mit einer "Harmoniesoße" zukleistern.

Ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister aus der Gegend, einer, der als Freund fremder Kulturen und als einer, der andere Sitten und Gebräuche sehr wohl respektiert, bekannt ist, hat dazu in einer viel beachteten Kanzelrede die entscheidenden Fragen gestellt.

Ich zitiere:

„Was tun wir, wenn wir hören, und wir hören es, dass unter Berufung auf die im Koran verankerte Herrschaft des Mannes über die Frau, Frauen nicht am Sprachunterricht teilnehmen dürfen, den wir als kleine Schritte zur Integration anbieten? Gelten hier die Grundrechte auf Gleichberechtigung usw. nicht? Ist es akzeptabel, wenn junge Menschen, die hier leben und weiterleben werden, unterrichtet und erzogen werden, die Ungläubigen und ihre Welt zu meiden, zu hassen?“

Dürfen uns Zwangsverheiratungen nichts angehen, weil sie in anderer Religion und Sitte begründet sind und deshalb möglicherweise, wie manche behaupten, sogar den Schutz der Religionsfreiheit unseres Grundgesetzes genießen? Was ist von Urteilen deutscher Gerichte zu halten, in denen bei so genannten „Ehrenmorden“ mildernde Umstände gewährt wurden, weil die Täter sich durch Religion und Sitte gerechtfertigt fühlten? Können islamische Mitbürger unter Berufung auf religiöse Vorschriften oder Interpretationen ihre Kinder vom Unterricht und Veranstaltungen an unseren Schulen dispensieren, wie sie wollen?“

Hartwig Reimann, der Oberbürgermeister von Schwabach, als mein Oberbürgermeister, hat noch schärfer, noch härter

weitergefragt: „Ist es überhaupt zu akzeptieren,“ so hat er in der Kirche gefragt, „wenn eine starke islamische, islamistische Bewegung in Deutschland, die auch in Schwabach repräsentiert ist, den Gottesstaat proklamiert und zugleich den Religions- und Glaubensfreiheit garantierenden Rechtsstaat zum Teufelswerk erklärt? Sind das alles Fälle, in denen sich unsere Toleranz zu bewähren hat, oder sind es Fälle, die wir nicht akzeptieren dürfen? „

Reimann rät hier, Nein zu sagen. Für ihn heißt die Leitkultur Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechten. Die Grundnormen von Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechte soll niemand unter dem Deckmantel der Toleranz aufweichen dürfen. Für ihn – und ich folge ihm hier uneingeschränkt – setzt Toleranz voraus, dass „die heiligen Bücher, wie immer sie heißen mögen, ob Bibel oder Koran“ nicht über oder gegen Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechte gestellt werden dürfen.

Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechte sind klar definiert. Sie haben, so hat es Reimann weiter treffend formuliert, „nichts zu tun mit Abendland, Heimatabend, Sauerkraut, nichts mit Gebräuchen und Gipfelkreuzen.“ Und auch nichts „mit nationalen Überlegenheitsgefühlen oder Deutschtümeleien“.

Die Staatsregierung hat als Basis ihrer aktuellen Initiative zur Integrationspolitik im "Bayerischen Integrationsforum" Leitlinien zur Integration erarbeitet, zu denen ich im Folgenden ein paar Anmerkungen machen will. (Die Leitlinien selbst finden Sie auch in den Broschüren, die hier ausliegen.)

Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe am sozialem, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland.

Entscheidend ist dabei nicht nur die Teilnahmemöglichkeit, sondern auch der Wille, der Möglichkeit auch zu nutzen.

Sie erinnern sich alle noch an Mehmet, jenen jugendlichen Straftäter, über dessen Ausweisung seinerzeit eine intensive politische Diskussion gegeben hat. Wenn dessen Eltern – nach den neueren Entwicklungen muss man wohl sagen bedauernswerte Eltern – seit über dreißig Jahren in Deutschland leben, aber praktisch nicht deutsch sprechen und deshalb keinen Kontakt zur Schule, zu Sozialpädagogen und Betreuern hatten, dann liegt darin auch ein Teil des Problems.

Integration erschließt Rechte und Pflichten, das heißt Wahrnehmung von Verantwortung für ein Gelingen der Integration.

Es kommt darauf an, dem Zuwanderer, aber auch der Aufnahme-gesellschaft diese Verantwortung klar zu machen – und deswegen sind wir hier.

Integration ist ein gegenseitige Prozess. Alle Beteiligten, die Deutschen genauso wie die Zuwanderer, müssen diesen Prozess wollen und aktiv daran arbeiten.

Es geht also nicht um einseitige Assimilierung – das hat ja auch in der deutschen Geschichte noch nie etwas gebracht – es geht unzweifelhaft um ein "Aufeinanderzugehen".

Integration erfordert Bewusstsein und Bereitschaft der Zuwanderer, sich auf das Leben in einer mitteleuropäischen, vom christlichen Menschenbild geprägten Gesellschaft einzulassen.

Natürlich heißt das nicht Christianisierung. Wir sind stolz drauf, dass es leichter ist, in Deutschland eine Moschee zu errichten als in einem islamischen Land – und leider auch in der Türkei - eine Kirche. Aber eine christliche oder auch jüdische Kirche hat hier – noch – eine andere soziokulturelle Anbindung.

Integration verlangt Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

Vor allem der Erwerb der deutschen Sprache ist die entscheidende Voraussetzung für ein Gelingen der Integration.

Hier sind wir beim Kernpunkt, man könnte es auch so ausdrücken: Sprache ist nicht alles, aber ohne Sprache ist fast alles nichts.

Dialog setzt eben Verständigungsmöglichkeiten voraus. Das Zuwanderungsgesetz hat endlich den Ansatz für eine aktivierende Sprachförderung eröffnet (Herr Griesbeck wird hierzu gleich noch etwas sagen).

Sprachförderung brauchen wir nicht nur für Neuzuwanderer, sondern auch für einen nicht geringen Teil der schon seit Jahren hier lebenden Migranten.

Integration benötigt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe Hilfestellungen, insbesondere zum Spracherwerb, zum Einstieg, zum Verbleib, sowie zur Wiedereingliederung in die Arbeitswelt und in Bereichen der gesellschaftlichen Integration.

Jetzt, wo es eng geworden ist auf dem Arbeitsmarkt, gibt es hier deutlichere Hilferufe als früher. Bei den derzeitigen

Arbeitslosenzahlen ist Integration durch und in Arbeit eine ganz andere Herausforderung als in den 60er Jahren.

Trotzdem ist vieles möglich: Ich kenne einen Fall, wo auch einer 58-jährigen Inderin mit sehr mangelhaften deutschen Sprachkenntnissen eine Zukunftsperspektive gegeben wurde. Sie lernt im eigenen Gastronomiebetrieb seit einigen Wochen schneller und besser deutsch zu sprechen als in 20 Jahren, die sie zuvor isoliert in ihrer Familie hier lebte. Unterstützt wird sie dabei durch die eigene fast erwachsene Tochter, die hier geboren und aufgewachsen ist, und durch deutsche Freunde, die beim Gang zu den Behörden Hilfestellung leisten. Soll ich etwas dazu sagen, wie oft wir in den Behörden extra Sprachhürden aufbauen durch unser eigenes Behörden-deutsch?

Ich glaube, wir müssen uns da alle immer neu an die eigene Nase fassen und können dabei nicht gründlich genug Verordnungen und Formulare auf die Verständlichkeit und auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.

Integration braucht die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung. Integrationspolitik darf daher die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft nicht überfordern.

Integration verlangt Akzeptanz – da haben wir vor dem Hintergrund einer neuen Studie der europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit noch einiges zu tun. Offensichtlich fühlen sich viele EU-Bürger – die Studie bezieht sich auf alle 15 alten EU-Länder - bezüglich Toleranz und Aufnahmebereitschaft gegenüber Zuwanderern überfordert.

60 Prozent der Befragten sagten, dass eine Gesellschaft nur eine begrenzte Zahl von Menschen anderer Rassen, Religionen oder Kulturen aufnehmen könne. Dazu zähle auch ich mich.

50 Prozent der Befragten lehnen Zuwanderer und Einwanderung ab. Dazu zähle ich mich ausdrücklich nicht.

Lassen sie mich noch ein paar Aspekte hinzufügen:

- Integration ist eine "beinharte Angelegenheit" (Daniel Cohn-Bendit hat Integration auch als „grausam und brutal“ bezeichnet). Und Integration kann auch scheitern: Hier denke ich an einen Fall aus meinem engeren Freundeskreis, wo ein 15-jähriger vietnamesischer Junge im Weg des Familiennachzugs gekommen ist, es aber trotz vielfältigen

Bemühens in seinem Umfeld nicht geschafft hat, sich hier zu integrieren. Er wurde vom Vater konsequenterweise wieder zurück nach Vietnam geschickt und dort in seiner weiteren Entwicklung unterstützt.

- Integration ist eine pragmatisch zu lösende Herausforderung und verträgt keine Ideologie – die einzelnen Problemstellungen sind viel zu vielschichtig.
- Integration muss integriert gesehen werden, d. h. Integration ist nicht isoliert Aufgabe eines Ministeriums oder eines Programms.

Ähnlich wie "Gender Mainstreaming" muss die Integrations-thematik Schulpolitik genauso wie Bauleitplanung beeinflussen. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ hat in dieser Hinsicht viel geleistet. Es ist schon bemerkenswert, was die Oberste Baubehörde da etwa bei der Förderung von "Mama lernt Deutsch"-Kursen geleistet hat.

- Integration führt nicht zwangsläufig zur Einbürgerung, obgleich diese sicherlich den anzustrebenden Endpunkt bildet. Und Einbürgerung heißt auch nicht, dass die Integration immer so

ganz abgeschlossen ist. Ich habe kürzlich eine echt pakistani-sche Hochzeit in einer bayerischen Gastwirtschaft miterlebt, ein echtes Aufeinanderprallen der Kulturen mit streng getrennten Feiern jeweils der Männer und Frauen (die ansonsten tief verschleiert waren). Die Männer im Erdgeschoss, die Frauen im Keller. Pech nur, dass das Männerklo direkt neben dem Frauen-Festraum lag. Die oberbayerischen Kartler haben es nur schwer bis gar nicht verstanden, dass sie plötzlich ihr Klo nicht mehr benutzen sollten, nur damit keiner von ihnen einen verbotenen Blick auf die Frauenrunde hätte werfen können. Der Brautvater hat übrigens seit 8 Jahren einen deutschen Pass, spricht gut deutsch und führt erfolgreich ein Geschäft. Der Bräutigam allerdings sprach kein Wort Deutsch und saß nicht weniger blass in der Männerrunde wie die Braut aus Deutschland im Frauenkeller.

Auch wenn das Motto der letzten Münchner Sicherheitskonferenz im Februar "Frieden durch Dialog" natürlich einen anderen Dialog gemeint hat, ist da auch für unseren Integrationsdialog viel Wahres dran: Integration wird neben der Bewältigung der Arbeitsproblematik und der demographischen Veränderung die zentrale Aufgabe für unsere gesellschaftliche Entwicklung sein.